

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 26. September 2025



### In dieser Ausgabe

**Abschließende Beratung  
des Bundeshaushalts  
2025**

**Erste Beratung des  
Bundeshaushalts 2026**

**Bundeskongress  
Forstwirtschaftlicher  
Zusammenschlüsse**

**Finanzierung der  
Verkehrsinfrastruktur:  
Auswirkungen auf den  
Ausbau der A 8 am  
Albauftieg**

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

nachdem der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche den Haushalt für das laufende Jahr 2025 verabschiedet hatte, haben wir nun in dieser Sitzungswoche die Beratungen über den Etat 2026 aufgenommen. Unser Ziel in der CDU/CSU-geführten Bundesregierung ist es, mit solider Haushaltspolitik wieder Stabilität schaffen.

Nach dem Regierungsentwurf beträgt der Haushalt für das kommende Jahr 520.475.593,00 Euro. Sämtliche Einzelpläne wurden nach der Schlussrunde zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Zwischen den beiden Sitzungswochen hatte ich die Gelegenheit, bei der feierlichen Fahrzeugweihe der Freiwilligen Feuerwehr Deggingen dabei sein zu dürfen. Gleich drei Fahrzeuge erhielten den kirchlichen Segen. Ein starkes Signal für unsere Sicherheit und für das großartige Engagement der Kameradinnen und Kameraden vor Ort.

Herzlichen Dank an alle Einsatzkräfte für ihren unermüdlichen Dienst am Gemeinwohl – Tag und Nacht, 365 Tage im Jahr. Ich wünsche, dass ihr immer gesund von den Einsätzen zurückkehrt.

Ihnen alles Gute und herzliche Grüße



Ihr Hermann Färber



[Hier mehr zum  
Bundeshaushalt erfahren](#)

## ➤➤➤ RÜCKBLICK AUF DIE VERGANGENE WOCHE: ABSCHLIESSENDE BERATUNG DES BUNDESHAHALTS 2025

Auch wenn der Haushalt 2025 nur noch für wenige Monate gilt, handelt es sich beim Abschluss der Beratungen in der vergangenen Woche dennoch um einen wichtigen Meilenstein, durch den die vorläufige Haushaltsführung 2025 nun endlich beendet wurde.

Gegenüber dem Regierungsentwurf ist es in den Abschlussberatungen des Haushaltsausschusses (sog. Bereinigungssitzung) gelungen, die Gesamtausgaben im Bundeshaushalt 2025 um rund 460 Mio. Euro zu senken und gleichzeitig die Investitionen noch einmal leicht zu steigern. Damit liegen diese mit nun rund 62,73 Mrd. Euro auf einem

historischen Höchststand.

Zudem wird der Grundstein gelegt, um starke und langfristige Wachstumsimpulse auszulösen, die Modernisierung Deutschlands voranzutreiben sowie die innere und äußere Sicherheit zu stärken. Darüber hinaus enthält dieser Bundeshaushalt eine Vielzahl von Maßnahmen, um den sozialen Zusammenhalt entscheidend zu fördern.

Alle von der Koalition eingebrachten Maßnahmen sind dabei gegenfinanziert. Die Nettokreditaufnahme aus dem 2. Regierungsentwurf in Höhe von rund 81,78 Mrd. Euro ist gleichgeblieben.



Bildquelle: Canva.

## ERSTE BERATUNG DES BUNDESHAHALTS 2026 <<<

Die Ein- und Ausgaben des Regierungsentwurfs Bundeshaushalt 2026 belaufen sich auf 520,5 Mrd. Euro. Zum Haushaltsausgleich bedarf es einer Nettokreditaufnahme von 89,9 Mrd. Euro. Zusätzlich ermöglicht die Bereichsausnahme nach Art. 109 und 115 GG eine zusätzliche Verschuldung von 54,3 Mrd. Euro.

Die geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Bundeswehr-Sondervermögen belaufen sich 2026 auf 58,9 Mrd. Euro bzw. 25,5 Mrd. Euro. Mit diesen Mitteln werden keine Haushaltslöcher gestopft, sondern es wird massiv in die Sicherheit und Zukunft Deutschlands investiert. Ziel ist dabei für

mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sichere Arbeitsplätze zu sorgen.

Insgesamt erreichen die Investitionsausgaben des Bundes 2026 ein Rekordvolumen von 126,7 Mrd. Euro. Daneben sollen Bürger und Wirtschaft allein 2026 um rund 40 Mrd. Euro entlastet werden; zu nennen sind hier vor allem der beschlossene Investitionsbooster und die vielfältigen Maßnahmen zur Senkung der Energie- und Stromkosten. Zudem stellt der Bund auch Ländern und Kommunen umfangreiche Mittel zur Verfügung, damit auch sie notwendige Investitionen für Bürger und Wirtschaft tätigen können.

## »»» BUNDESKONGRESS FORSTWIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENSCHLÜSSE

Während dieser Sitzungswoche hat auch der diesjährige Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse stattgefunden. Gemeinsam mit den anderen walddpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen habe ich im Rahmen des Kongresses an einer Podiumsdiskussion teilgenommen.

Bei der Diskussion standen zwei europäische Verordnungen besonders im Mittelpunkt: die Entwaldungsverordnung (EUDR) und die Wiederherstellungsverordnung (WVO). Denn die beiden Regelungen und die Fragen über die bevorstehenden Umsetzungen bereiten große Sorgen – insbesondere bei den Menschen, die täglich Verantwortung für unsere Wälder übernehmen: den Waldbesitzern und Forstleuten.

Es wird befürchtet, dass die Umsetzung der Vorschriften mit einem erheblichen Anstieg bürokratischer Anforderungen für die Forstleute einhergeht – und das, obwohl die letzte Bundeswaldinventur eine durchaus positive Entwicklung in unseren Wäldern zeigt. So ist beispielsweise die Waldfläche gewachsen und der Totholz- sowie Mischwaldanteil gestiegen.



Fotos: Büro Hermann Färber.



Diese Fortschritte sind in hohem Maße auf das Engagement, die Fachkenntnis und die nachhaltige Bewirtschaftung der Forstleute zurückzuführen. Umso unverständlicher ist es, dass gerade sie zunehmend durch bürokratische Anforderungen belastet werden.

Für mich steht fest: Wer sich aktiv für den Erhalt und die nachhaltige Entwicklung unserer Wälder einsetzt, darf nicht durch überzogene Bürokratie ausgebremst werden. Deshalb fordere ich, dass neue gesetzliche Regelungen künftig einem Praxischeck unterzogen werden müssen. Gesetzgeber müssen sich vorab neuer Gesetze und Verordnungen im Klaren darüber sein, was die neuen Vorschriften für jeden einzelnen Betroffenen bedeuten.

Diese Position habe ich auch bei der Diskussion auf dem Podium deutlich gemacht – und ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, damit gute Absichten nicht aufgrund schlechter Umsetzung scheitern.

## FINANZIERUNG DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR: AUSWIRKUNGEN AUF DEN AUSBAU DER A 8 AM ALBAUFSTIEG

Die A 8 betrifft nicht nur unseren Landkreis Göppingen, sondern ist insgesamt ein überregional bedeutender Abschnitt des Gesamtinfrastrukturprojektes Bundesautobahn 8 und der letzte Lückenschluss zwischen Stuttgart und München.

Wir alle wissen um die katastrophalen Verkehrszustände und Belastungen der Raumschaft vor Ort, die so nicht weiter hinnehmbar sind. Das Projekt "Albaufstieg" ist baureif, und deswegen steht die Bundesregierung nun in der Verantwortung, die notwendigen Finanzmittel bereitstellen.



Foto: Pulswerk, Daniel Gimmer.

Wir sind uns in der Koalition einig, dass alles, was bei Straße und Schiene baureif ist und in den nächsten Jahren baureif wird, auch finanziert werden können muss. Genau das werden wir im parlamentarischen Verfahren sowie in den Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen deutlich machen. Wir befinden uns bereits mit Hochdruck in Verhandlungen, damit fertig geplante Projekte auch realisiert werden.

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)